



Barbara Graf Mousa
Informationsbeauftragte
Abteilung Kommunikation
Missionsstrasse 21
CH-4003 Basel

barbara.graf@mission-21.org
direct: +41 61 260 22 64
mobile: +41 79 433 81 92
fax: +41 61 260 23 07
PC 40-726233-2
www.mission-21.org

Medienmitteilung

Staatskrise in Bolivien: Kirchliche Stellungnahme

Basel, 09.06.2005. „Einigt euch!“, fordern die Kirchen Boliviens in einem ökumenischen Pastoralbrief die Öffentlichkeit, die Regierenden sowie die sozialen und zivilen Bewegungen auf. Auch zwei Partnerorganisationen von mission 21, evangelisches missionswerk basel, haben die gemeinsame Stellungnahme zu den gefährlichen Spannungen mitverfasst.

„Wir befinden uns erneut eingetaucht in eine wahrhaftige Staatskrise, mit dem Risiko den Verlust von Menschenleben bedauern zu müssen und mit dem Risiko, dass die Perspektiven des Aufbaus einer bolivianischen Identität und einer inklusiven, partizipativen und auf Ausgleich bedachten bolivianischen Gesellschaft, hinausgeschoben oder überhaupt vernichtet werden“, lautet die düstere Diagnose der folgenden christlichen Kirchen Boliviens: Evangelisch-Lutherische Kirche, Evangelisch-Methodistische Kirche, Römisch-Katholische Kirche, unabhängige Presbyterianische Kirche, Evangelisch-Methodistische Pfingstkirche, Konzil der Pfingstkirche „Kirche Gottes“, Lutherische Kirche deutscher Sprache sowie das Höhere Ökumenische Andine Institut ISEAT.

Strukturelle Krise mit historischen Wurzeln

Seit Jahresbeginn gärt es in Bolivien und die Bevölkerung kommt nicht zur Ruhe. Auch der Rücktritt von Präsident Carlos Mesa am Montagabend, 6. Juni 2005, ist kein Indiz dafür, dass bald wieder eine stabile politische Basis gefunden wird. Eine Lösung der Konflikte um den Gasexport und die neue Verfassungsgebende Versammlung zeichnet sich nicht ab. Täglich verschlechtert sich die Versorgungssituation der Menschen in der eingekesselten Hauptstadt La Paz, was zu gefährlichen Eskalationen führen kann. Die kirchlichen Institutionen sprechen von einer tiefen strukturellen Krise, deren Ursprung in der bolivianischen Geschichte liegt: „Unser Staat hat mit seiner kolonialen und republikanischen Vergangenheit nie sauber abgerechnet. Er anerkennt seinen indigenen Töchtern und Söhnen weder eine volle Bürgerinnen- und Bürgerschaft noch eine vollständige und effektive Beteiligung an. Die wirtschaftlichen, politischen und intellektuellen Eliten ziehen Bündnisse mit fremden Mächten dem Setzen auf die eigenen internen Kräfte vor.“

Gegen radikale und demagogische Aktionen

Die Kirchenvertreter kritisieren „die autoritäre Haltung, die Resignation, das Fehlen echter Ausdrucksmöglichkeiten und der Partizipation, sowie die Korruption, die sich in den verschiedensten politischen und sozialen Organisationen festgesetzt hat“. Diese Faktoren verhinderten hauptsächlich, „dass wir als Gesellschaft, die aus verschiedenen Ethnien, sozialen Klassen und Regionen zusammengesetzt ist, mit einer reifen Haltung mit den Konflikten umgehen“.

Doch wird vor radikalen und unreflektierten Impulsen deutlich gewarnt. Die mitunterzeichnenden Kirchen verurteilen jegliche demagogische Aktionen mit klaren Worten: „Wir sind überzeugt, dass die Bedingungen für eine radikale Transformation unserer Gesellschaft nicht gegeben sind. Diejenigen, die das Gegenteil für sich in Anspruch nehmen und bereit sind, die Menschen, die am wenigsten geschützt sind, zu sinnlosen Opfern zu führen, gehen unverantwortlich mit dem Leben der Personen um. Wir bitten euch, aus der Geschichte zu lernen, um zu verhindern, dass dieselben Fehler, wie in der Vergangenheit, begangen werden.“

Das Leben verteidigen

Vielmehr rufen die Kirchen alle Konfliktbeteiligten auf,

- „mit absoluter Festigkeit am demokratischen Prozess festzuhalten“,
- „energisch die Realisierung der Verfassungsgebenden Versammlung voranzutreiben“,
- „für eine echte und solidarische Dezentralisierung und Autonomie zu arbeiten“ und
- „Parteirollen und Partikularinteressen beiseite zu lassen,“

Die Stellungnahme, die in spanischer Originalfassung unter http://www.mission-21.org/deutsch/70_dienstleistungen/30_nachrichten.php heruntergeladen werden kann, definiert die Rolle der Kirchen in einer solchen Krisensituation als eine prophetische, dem Aufruf zur Einheit und zum Schutz des Lebens verpflichtet: „Die christlichen Kirchen, verschieden, aber vereint in der Bejahung des Lebens und in der Nachfolge Jesu, des Christus, sind dazu berufen, eine prophetische Rolle in dieser schwierigen Situation einzunehmen. Das beinhaltet die Verpflichtung zur Verteidigung des Lebens und eine vermehrte Teilnahme an den sozialen Geschehnissen. Auf der anderen Seite sind in diesem Moment auch das persönliche und das gemeinschaftliche Gebet dringend, welches Zeugnis gibt von der Möglichkeit der Einheit in der Verschiedenheit.“

Auskunft: Barbara Graf Mousa, Informations- und Medienbeauftragte
mission 21, Telefon 061 260 22 64 oder 079 433 81 92
E-Mail: barbara.graf@mission-21.org

mission 21, evangelisches missionswerk basel, setzt in über 18 Ländern zusammen mit 66 Partnerkirchen und -organisationen Zeichen der Hoffnung im Sinne des Evangeliums. Weltweit hilft mission 21 mit rund 130 Projekten Armut zu bekämpfen, Gesundheit zu fördern, Frauen zu stärken, Konflikte gewaltlos zu lösen und Menschen im theologisch-kirchlichen Bereich auszubilden. In der Schweiz gestaltet mission 21 Begegnung, Austausch und Forschung im Spannungsfeld von Mission und Entwicklungszusammenarbeit mit.
Mehr dazu: <http://www.mission-21.org/>